

## +++Pressearchiv+++

Lauterbacher Anzeiger vom 25.05.2007

### **"Sachliche Ebene längst verlassen"**

Lauterbacher Koalitionsfraktionen kritisieren SPD-Vorstoß und Bürgerwellen-Sprecher

Lauterbach (rla). Die Koalitionsfraktionen in der Lauterbacher Stadtverordnetenversammlung CDU, FDP und FW betrachten die Diskussion um eine Verlegung des Mobilfunkstandortes in Blitzenrod als abgeschlossen. "Die Möglichkeiten, zu einer Versetzung des Mobilfunkmastes zu gelangen, wurden umfassend geprüft, wobei sich herausgestellt hat, dass es keine erfolgsversprechenden Maßnahmen aus städtischer Sicht gibt", erklären die Fraktionsvorsitzenden Jens Mischak (CDU), Rainer Stöhr (FDP) und Hans-Jürgen Schütz (FW). Eine erneute Beschlussfassung in der Stadtverordnetenversammlung, wie sie von der SPD geplant ist, lehnen die drei Fraktionen daher ab. "Mittlerweile geht es nicht mehr um die Sache, sondern darum, ein nunmehr ausdiskutiertes Thema künstlich am Leben zu erhalten, um dem politischen Gegner möglichst großen Schaden zuzufügen", kritisieren die Fraktionen das Vorgehen von SPD und dem Sprecher der Bürgerwelle Lauterbach, Klaus Euler. Wie man mit Bürgermeister Rainer-Hans Vollmöller umgehe, habe nichts mehr mit einer sachlichen Auseinandersetzung zu tun. Es würden bewusst unwahre Tatsachen behauptet, obwohl man wisse, dass es gerade Rainer-Hans Vollmöller gewesen sei, der alles unternommen habe, um zu einer Verlegung des Mobilfunkstandortes zu gelangen. "Hier wird eine Privat-Fehde geführt, die nur noch die eigenen Interessen berücksichtigt, ohne die Interessen eines Großteils der Bevölkerung zu berücksichtigen", betonen Mischak, Stöhr und Schütz. Von allen Fachjuristen sei mehrfach versichert worden, dass es auf rechtlicher Ebene keine Möglichkeiten gebe, den Vertrag zu kündigen und rechtlichen Druck auf den Betreiber auszuüben. Bis zum heutigen Zeitpunkt sei in keinem Fall eine gesundheitliche Gefährdung durch die Mobilfunk-Sendemasten nachgewiesen worden, was auch in den gesetzlichen Vorgaben des Bundes zum Ausdruck komme. Die Fraktionen weisen weiter darauf hin, dass es in den letzten Wochen auch massiven politischen Druck von allen Seiten gegeben habe, insbesondere auch vom Rathauschef selbst, der sogar den Bundesumweltminister Sigmar Gabriel (SPD) eingeschaltet habe. Wenn die SPD-Vorsitzende Claudia Blum daher fordere, man müsse jetzt, nachdem die rechtlichen Möglichkeiten keinen Erfolg versprechen, den politischen Weg beschreiten, dann habe sie wohl verkannt, dass der politische Druck der letzten Wochen den Betreiber völlig unbeeindruckt gelassen habe, unterstreichen Mischak, Stöhr und Schütz und begründen damit die Widersinnigkeit einer erneuten Beschlussfassung. "Es ist nicht unser Stil, durch die Verabschiedung einer Resolution Hoffnungen zu wecken, obwohl man von vornherein weiß, dass dies völlig unbeachtet bleiben wird", so die Fraktionen. Durch den massiven Protest einer einzigen Person sei in den letzten Wochen der Eindruck entstanden, die Gesamtbevölkerung denke genauso, was aber nicht der Fall sei. "Viele Bürgerinnen und Bürger sind an unsere Fraktionen herantreten und haben erklärt, sie legten Wert darauf, dass es in der Stadt eine effektive Mobilfunkversorgung gibt. Dies darf bei der Diskussion nicht vergessen werden", so Mischak, Stöhr und Schütz.

+++++

+++ Bürgerwelle Lauterbach +++ Sonnenweg 43, 36341 Lauterbach +++  
Ansprechpartner: Klaus Euler +++ Telefon (06641) 5816, Fax (06641) 918 884 +++  
Internet: [www.buergerwelle-lauterbach.de](http://www.buergerwelle-lauterbach.de) +++ eMail: [info@buergerwelle-lauterbach.de](mailto:info@buergerwelle-lauterbach.de)

**Wer ist die Bürgerwelle?** Die Bürgerwelle ist ein Zusammenschluss von Bürgern in Lauterbach, die dafür eintreten, dass keine Mobilfunkanlagen in Wohngebieten und sensiblen Bereichen wie Kindergärten, Altenheimen und Schulen errichtet werden. Die Bürgerwelle fordert, dass die Stadt Lauterbach eine intelligente und gesundheitlich unbedenkliche Standortpolitik für Mobilfunkanlagen betreibt.

+++++